



Heute ausführlicher Sport

# Schuldenfrei und große Perspektiven

Die Entscheidungen von Moskau bedeuten, daß die DDR ein Staat ohne Auslandsschulden geworden ist, abgesehen von einigen kurzfristigen Handelskrediten. Das ist in unserer deutschen Geschichte noch nicht dagewesen. Während noch im Februar dieses Jahres die Bonner Regierung eine Auslandsschuld von 27 Milliarden WM mit einem jährlichen Zinszahlung von 342 Millionen WM anerkannte, ist unser Teil Deutschlands acht Jahre nach dem Krieg schuldenfrei. Wir sind glücklich und stolz über dieses Ergebnis unserer konsequenten Politik des Friedens und der Freundschaft zur Sowjetunion.

Die Regierung der Sowjetunion hat die praktischen Vorschläge in der Note vom 15. August schon eine Woche später verwirklicht. Diese Vorschläge waren also kein „Versuchsalbum“, sie wurden nicht vorgebracht, um im wesentlichen Lager Verwirrung zu stiften, sie waren keine „Wahlpropaganda“, wie die Westberliner Presse zu schreiben beliebte, sondern es waren Taten in der Politik der Sowjetunion seit Sowjetunion seit 1945 unerbittlich verfolgt, den friedlichen Kräften ganz Deutschlands allseitige Unterstützung und Hilfe zu gewähren, wie Malenkov jetzt in Moskau sagte.

Bei der vollständigen Streichung der Reparationen berücksichtigte die Sowjetregierung, daß die Politik der vergangenen Jahre ihre Verpflichtungen gegenüber der Sowjetunion gewissenhaft erfüllte. Wir wissen diese Anerkennung zu schätzen, daß wir verstanden ein Geheimnis, daß diese Erfüllung uns in den letzten Jahren Opfer gekostet hat. Wir stehen aber auch nicht an, allen die großen Taten, was Malenkov faktvoll nicht noch einmal wiederholte, daß nämlich unsere Reparationsleistungen nur ein verschwindender Bruchteil der Schäden der Hitlerarmee in der Sowjetunion anrichtete. Die 10 Milliarden Dollar Reparationsforderung der Sowjetunion machte nur rund 2 Prozent der international anerkannten Forderungen der Sowjetunion von 485 Milliarden Dollar aus. Von diesen 10 Milliarden bezahlten wir bis 1950 vier Milliarden, wobei uns die Demontagen von 1945 gerechnet wurden. Von den verbleibenden sechs Milliarden wurden uns im Mai 1950 die Hälfte, der Rest jetzt gestrichlen. Wenn wir daran denken, was uns die Westalliierten nach dem ersten Weltkrieg durch das Versailler Diktat an astronomischen Reparationsforderungen zumuten, daß Adenauer sich die Hilfe der amerikanischen Forderungen aus der Dawesanleihe, also indirekt aus den Reparationen des ersten Weltkrieges, anerkennt, so müssen wir die Moskau-Entscheidungen als eine beispiellose Großmutigkeit bezeichnen, für die es in der Geschichte der Kapitalismus keine Parallele gibt, die eben nur aus der Politik des sozialistischen Landes zu verstehen ist.

Die Rückgabe der letzten 33 SAG-Betriebe vollendet unsere Souveränität auf dem Gebiete der Industrie. Die letzten drei volkswirtschaftliche Betriebe, denn es handelt sich um wichtige Schlüsselbetriebe, darunter das größte Industriebetrieb der DDR, Leuna und die größte SAG-Betriebe des demokratischen Sektors, EAW Trepow, das den Namen Stalins trägt. Außerdem noch drei andere große Berliner Betriebe: Siemens Planta, Berlin, die größte SAG-Betriebe (Knorrbremse) und WFB-Gerätebau. Die Betriebe, die wir heute zurück erhalten, sind nicht mehr dieselben, die die Sowjetunion 1945 übernahm. Die Moskau-Entscheidungen, die Kriegszerstörungen überwunden, haben seither Millionen-Investitionen erhalten, sind zum Teil, wie das EAW Trepow, von oben bis unten einem neuen Maschinenpark ausgerüstet.

Die sowjetischen Besatzungskosten werden auf höchstens fünf Prozent der Staatseinnahmen der DDR geschätzt. Sie werden im nächsten Jahr 1,6 Milliarden DM betragen, aber auch diese Summe würde bald wegfallen, wenn die sowjetischen Deutschlandvorschläge insgesamt angenommen würden. Die Gesamtensparung der Kriegsfolgesparungen der DDR wird selbstverständlich eine völlige Veränderung der Wirtschaftslage der DDR mit sich bringen. Der Weg führt zu einem neuen Kurs einer raschen Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung äußerst günstige Voraussetzungen.

In Westdeutschland werden nach dem Bonner Staatshaushalt von 27,8 Milliarden WM in diesem Jahr 9,6 Milliarden WM für Besatzungskosten und EVG-Beitrag ausgegeben. Das sind 33,7 Prozent des Haushalts, 5 Prozent, wie es die Sowjetunion vorschlägt, wären nur 1,4 Milliarden WM, so daß bei Annahme der Vorschläge der DDR sofort 8,2 Milliarden WM zugunsten der westdeutschen Bevölkerung gespart werden würden. Und wie steht es in Westdeutschland mit der Rückgabe deutscher Betriebe? Nun, es gibt dort keine SAG-Betriebe, aber 7,6 Milliarden WM, das heißt 42 Prozent des gesamten westdeutschen Aktienkapitals, befinden sich in ausländischen, überwiegend amerikanischen Besitz. Wann wird die westdeutsche Presse, die immer nach der Rückgabe der SAG-Betriebe geschrien hat, sich für die Rückgabe all der überlebenden Betriebe in Westdeutschland einsetzen?

Die finanziellen und wirtschaftlichen Entscheidungen von Moskau haben selbstverständlich eine weit über alle wirtschaftlichen hinausragende Bedeutung. Die realen Möglichkeiten einer Überwindung der deut-

schen Spaltung sind jetzt jedem von uns zum Greifen nahe. Malenkov hat für die Verantwortung des deutschen Volkes in dieser Etappe seiner Geschichte ergreifende Worte gefunden. Er erinnert daran, daß fast acht Millionen Deutsche mit ihrem Leben die Kriegspläne bezahlten, die die Militärsitzung am 22. Juni 1941 dem deutschen Volk aufzwang. „Eine Generation der deutschen Jugend nach der anderen wurde im Gemetzel des Krieges vernichtet und verstümmelt. Auf diese Weise lehrte die Geschichte, daß der deutsche Militarismus, indem er den Frieden und die Sicherheit der europäischen Länder verletzte, die Rolle eines Totengräbers der deutschen Nation selbst gespielt hat.“ Vor dem deutschen Volk steht die historische Aufgabe, die Pläne der aggressiven Kräfte in Westdeutschland zu vereiteln, seine nationale Einheit wiederherzustellen und Deutschland in einen friedliebenden demokratischen Staat zu verwandeln. Zeigen wir uns dieser Aufgabe gewachsen, deren Lösung durch die Sowjetunion Entscheidungen sind, die uns vieles leichter geworden ist. Dr. G.

# Ganz Deutschland ist tief beeindruckt

## Echo auf Moskauer Vereinbarungen wie noch nie seit 1945 / Beweis stärksten Vertrauens

Berlin (Fig. Ber. / ga / ADN). Die sensationellen Verhandlungsergebnisse, die die Regierungsdelegation der DDR aus Moskau mitgebracht hat, haben in ganz Deutschland wie eine Bombe eingeschlagen und einen so tiefen und nachhaltigen Eindruck hinterlassen, wie das bei keinem anderen politischen Ereignis seit 1945 der Fall gewesen ist.

Wenn der Bonner Regierungschef Adenauer die historischen Vereinbarungen wie üblich als „Wahlmaße“ oder „Propaganda“ abtun will, so hat sich bei einem großen Teil der Menschen in Westdeutschland sehr rasch die Erkenntnis durchgesetzt, daß die Sowjetunion hier den bisher stärksten und nichtwegzuleugnenden Beweis ihres tiefen Vertrauens zu den deutschen Friedenskräften

geliefert hat. Um diese Schlußfolgerung kommt selbst die bürgerschaftliche westdeutsche Presse nicht herum. So auch die „Nürnberger Nachrichten“.

Das Blatt veröffentlicht auf der ersten Seite Auszüge aus der Rede Malenkovs, wobei es in Fettdruck besonders die Hinweise auf die friedensfeindliche Politik Adenauers und auf die Chancen, die sich einem friedliebenden vereinten Deutschland bieten, hervorhebt. Während die „Nürnberger Nachrichten“ auf der zweiten Seite auf die Dankesworte Otto Grotewohls und das Echo hinweisen, das der Verzicht auf Reparationen in der ganzen Welt ausgelöst hat, veröffentlicht das Blatt auf der fünften Seite den vollen Wortlaut des Moskauer Kommuniqués.

### Kaufmann O. Wolf, Stuttgart

„Die Abmachungen zwischen der DDR und der Sowjetunion sind beispielgebend für ganz Deutschland“, erklärte der Stuttgarter Kaufmann O. Wolf, nachdem er sich den Inhalt des Kommuniqués im öffentlichen Rundfunk mit dem Inhalt des

sowjetisch-deutschen Kommuniqués vertraut gemacht hatte.

### Facharbeiter Hartleb, Heidesheim

Mit großem Interesse hat auch der Facharbeiter Friedrich Hartleb aus Heidesheim (Kreis Bruchsal) von den in Moskau getroffenen Vereinbarungen Kenntnis genom-

men. Er sagte dazu: „Mit diesen Vereinbarungen ist meiner Ansicht nach ein neuer Abschnitt in der deutschen Geschichte eingeleitet worden. Es ist ganz klar, daß dieses Ereignis auch die Lage in Westdeutschland beeinflussen wird.“

### Architekt Theodor Körner, Stuttgart

„Die jüngsten Schritte der Sowjetunion — ich denke hier an die letzte Note und an die Vereinbarungen mit der Regierung der DDR — sind ein Beweis für ein so gutem Willen und Anständigkeit der Gesinnung, daß sie mich mit Freude und Dankbarkeit erfüllen.“ Das betonte der Architekt Theodor Körner aus Stuttgart. Körner fügte hinzu: „Es wäre eine Katastrophe für Deutschland, wenn wir jetzt nicht die dargebotene Hand ergreifen.“

### 2000 Nürnberger Bürger

2000 Nürnberger Bürger, die Sonntag an einem Pressefest den „Bayrischen Volks-echo“ teilnahmen, begrüßten die einzelnen Punkte des Kommuniqués, die verlesen wurden, mit lebhaftem Beifall und Zustimmung. „Wir sind sehr dankbar, daß die Sowjetunion erneut in einzigartiger Weise ihre Freundschaft gegenüber dem deutschen Volk dokumentiert hat und fordert, daß sich die Westmächte zur Annahme der letzten sowjetischen Vorschläge vom 16. August bereit erklären.“

### DCB-Jugendsekretär Neumeyer

„Wir sind der Sowjetunion für ihren neuen Schritt zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des deutschen Volkes außerordentlich dankbar.“ Das betonte der DCB-Jugendsekretär der IG Chemie für Nürnberg und Fürth, Kurt Neumeyer, hervor. „Wir erwarten, daß die Westmächte den sowjetischen Beispiel folgen.“

Die gesamte Republik steht seit Sonntag unter dem Eindruck der historischen Vereinbarungen von Moskau. Die für die Zukunft des deutschen Volkes außerordentlich bedeutsamen Ergebnisse der Moskauer Verhandlungen haben in allen Städten und Dörfern zwischen Elbe und Oder, vom Ostseestrand bis zur tschechoslowakischen Grenze ein freudiges Echo gefunden.

### Oberbürgermeister Uhlig, Leipzig

„Eine unbeschreibliche Freude erfaßte mich heute morgens, als ich im Radio hörte, daß die Besprechungen der Delegation der DDR mit den Vertretern der Regierung der UdSSR zu einem für unsere Bevölkerung so großartigem Ergebnis führten“, erklärte der Leipziger Oberbürgermeister Uhlig. „Ich sehe aus den Verlautbarungen, daß die Regierung der UdSSR die Westmächte hinsichtlich die Taten folgen läßt. Alle Patrioten in Ost- und Westdeutschland werden diese Sprüche verstehen und unterstützen.“

### Stellv. Oberbürgermeister Krebs

Der Stellvertreter des Oberbürgermeisters von Groß-Berlin, Harry Krebs, unterstreicht in einer Erklärung die große Bedeutung der Moskauer Vereinbarungen und sagte: „Erneut wird vor der ganzen Welt der Beweis dafür gegeben, daß Worte und Taten der Sowjetregierung ein und dasselbe sind. Vor einer Woche erst stand die neue Sowjetnote im Blickpunkt der Weltöffentlichkeit. Heute bereits haben eine Reihe der in der Note vorgeschlagenen Maßnahmen konkrete Formen angenommen.“

### Wilhelmine Schirmer-Pröschler, Berlin

„Mit den unvergleichlichen Freundschaftsbeweißen, die unsere Regierungsdlegation am gestrigen Tage aus Moskau mitbringen konnte, hat die friedliebende Sowjetunion nicht nur dem deutschen Volk, sondern aller Welt erneut bewiesen, daß sie kein Opfer scheut, daß sie alles unternimmt und nichts unversucht läßt, um der Menschheit den Frieden zu erhalten und um den Sieg der Vernunft über die Gewalt zu beschleunigen.“ Das erklärte Wilhelmine Schirmer-Pröschler, Stellvertreterin des Oberbürgermeisters von Groß-Berlin und zweite FDJ-Vorsitzende.

### Renner Hugo Hühmstedt, Eisenach

Der 67jährige Renner Hugo Hühmstedt aus Eisenach betonte, daß die Moskauer Beschlüsse ein unübererflicher Beweis der konsequenten Friedenspolitik der Sowjetunion sind. „Alle Menschen atmen in diesen Tagen auf und schöpfen neue Hoffnung für die Zukunft unseres Volkes. Besonders durch die Streichung der Reparationen ab Januar 1954 und durch die Kreditgewährung wird uns die Möglichkeit zu einer schnellen Hebung des Lebensstandards gegeben.“

# Sowjetisch-deutsches Kommuniqué

## über die Verhandlungen zwischen der Sowjetregierung und der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik statt

Moskau (ADN). Vom 20. bis 22. August fanden in Moskau Verhandlungen zwischen der Sowjetregierung und der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik statt.

Sowjetischerseits haben an den Verhandlungen teilgenommen: Der Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR, G. M. Malenkov, der Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats und Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, W. M. Molotow, der Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU, N. S. Chruschtschow, der Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats und Verteidigungsminister der UdSSR, N. A. Bulganin, der Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, L. M. Kaganowitsch, der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats und Minister für Innen- und Außenhandel der UdSSR, A. I. Mikojan, der Vorsitzende des Staatlichen Plankomitees der UdSSR, M. S. Saburow, der Minister der Finanzen der UdSSR, A. G. Swerew, der Hohe Kommissar der UdSSR in Deutschland, Botschafter W. S. Semjonow.

Seitens der Deutschen Demokratischen Republik haben an den Verhandlungen teilgenommen: Der Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, der Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Walter Ulbricht, der Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Otto Nuschke, der Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Minister für Aufbau, Dr. Lothar Bolz, der Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Minister der Finanzen, Dr. Hans Loch, der Minister für Land- und Forstwirtschaft, Hans Reichelt, der Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Kurt Gregor, der Minister für Hüttenwesen und Erzbau, Fritz Selbmann, der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, Bruno Leuschner, der Chef der Diplomatischen Mission der DDR in Moskau, Botschafter Rudolf Appelt, der Vorsitzende des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, Herbert Warnke, der Präsident des Nationalrats der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, Professor Dr. Correns, der Vorsitzende des Zentralrats der Freien Deutschen Jugend, Erich Hönecker, die Vertreterin des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands, Ilse Thiele, der Mitarbeiter des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Peter Florin.

Im Verlaufe der Verhandlungen wurden wichtige Fragen, welche die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik betreffen, sowie aktuelle Fragen, die sich auf das deutsche Problem als Ganzes beziehen, besprochen.

Die Verhandlungen verliefen in einer herzlichen und freundschaftlichen Atmosphäre des gegenseitigen Einvernehmens. Es wurde volle Übereinstimmung darüber erzielt, daß die anormale Lage, daß Deutschland nach Ablauf von acht Jahren seit Beendigung des Krieges in Europa keinen Friedensvertrag hat, in einen westlichen und einen östlichen Teil gespalten ist und gegenüber den anderen Staaten eine nicht gleichberechtigte Stellung einnimmt, beseitigt werden muß. Zur Erreichung dieses Zieles soll in naher Zukunft eine Friedenskonferenz einberufen werden, wobei die Beteiligung der Vertreter Deutschlands in allen Stadien der Vorbereitung des Friedensvertrages sowie auf der Friedenskonferenz gewährleistet werden muß. Für die Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage soll durch unmittelbare Vereinbarung zwischen Ost- und Westdeutschland eine Provisorische Gesamtdeutsche Regierung gebildet werden, deren Hauptaufgabe darin bestehen wird, freie gemeindeutsche Wahlen vorzubereiten und durchzuführen, in deren Ergebnis das deutsche Volk selbst, ohne Einmischung ausländischer Staaten, die Frage des Gesellschafts- und Staatsaufbaues des einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Deutschland lösen wird.

Die Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik hat mit Genugtuung und Dankbarkeit die Erklärung der

Sowjetregierung über die Erleichterung der mit den Folgen des Krieges zusammenhängenden finanziellen und wirtschaftlichen Verpflichtungen Deutschlands entgegengenommen.

Im Verlaufe der Verhandlungen erzielten die Seiten Übereinstimmung bezüglich der Durchführung einer Reihe politischer und wirtschaftlicher Maßnahmen, die darauf gerichtet sind, bei der weiteren Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik wie auch bei der Hebung des materiellen Wohlstandes ihrer Bevölkerung Hilfe zu leisten. Hierbei wurde berücksichtigt, daß die Deutsche Demokratische Republik in den vergangenen Jahren ihre Verpflichtungen gegenüber der Sowjetunion wirtschaftlich erfüllt und daß die Bemühungen der deutschen demokratischen Kräfte die Deutsche Demokratische Republik einen wichtigen Faktor des Kampfes für den Frieden in Europa darstellt.

Der Beschluß der Sowjetregierung sieht vor:

Die Beendigung der Entnahme von Reparationen aus der Deutschen Demokratischen Republik ab 1. Januar 1954; die unentgeltliche Überführung der in Deutschland befindlichen SAG-Betriebe in das Eigentum der DDR; die Senkung der Zahlungsverpflichtungen der DDR, die mit dem Aufenthalt sowjetischer Truppen auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik verbunden sind, so daß die Summe jährlich 3 Prozent der Einnahmen des Staatshaushaltes der DDR nicht überschreitet; die Befreiung der DDR von der Zahlung der Schulden, die als Besatzungskosten in ausländischer Währung nach 1945 entstanden sind; die Befreiung Deutschlands von der Zahlung der Nachkriegsschulden an die Sowjetunion.

Über das in diesem Zusammenhang erzielte Übereinkommen wurde von den Seiten ein Protokoll unterzeichnet, dessen Wortlaut nachstehend veröffentlicht wird.

Im Verlaufe der Verhandlungen wurde ferner über einige andere Fragen Übereinstimmung erzielt, die die Festigung und Entwicklung der wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik betreffen.

Unter anderem wurde Übereinstimmung darüber erzielt, im Jahre 1953 zusätzlich zu dem geltenden Handelsabkommen aus der Sowjetunion Waren im Werte von etwa 50 Millionen Rubel nach der DDR zu liefern, darunter Lebensmittel, Steinkohle, Walzergüsse, Kupfer, Blei, Aluminium, Baumwolle und andere Waren.

Die Sowjetunion gewährt der Deutschen Demokratischen Republik einen Kredit in Höhe von 485 Millionen Rubel einschließlich 135 Millionen Rubel in freier Währung. Der Kredit wird gewährt zum Jahreszinsfuß von 2 Prozent und ist im Laufe von zwei Jahren ab 1955 zu tilgen.

Auf Grund eines Ersuchens der Regierungsdelegation der DDR wurde folgende Vereinbarung getroffen:

Es werden nach einem festgesetzten Modus Maßnahmen getroffen, um die deutschen Kriegsgefangenen von der weiteren Abblüdung der Strafen zu befreien, zu denen sie für während des Krieges begangene Verbrechen verurteilt wurden. Hiervon ausgenommen sind Personen, die besonders schwere Verbrechen gegen den Frieden und die Menschlichkeit begangen haben.

In dem Bestreben, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik, dem Bollwerk des Kampfes des deutschen Volkes für ein einheitliches, friedliebendes, demokratisches Deutschland zu festigen und weiterzuentwickeln, haben die Seiten eine Vereinbarung getroffen, die Diplomatische Mission der UdSSR in Berlin und die Diplomatische Mission der DDR in Moskau in Botschaften umzuwandeln und Botschafter auszutauschen.



Die Regierungsdelegation der DDR, die unter Führung von Ministerpräsident Otto Grotewohl auf Einladung der Regierung der UdSSR in Moskau weilte, erzielte gestern die m. Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, Bericht.

# Terror gegen KPD-Versammlungen

### Schlägertrupps wie einst im „Einsatz“ / Antisemitismus in Hamburg

Nürnberg (ADN). In Stärke von 200 Mann überfielen von der CDU gedungene faschistische Banditen zwei KPD-Wahlversammlungen in Amberg und in Neuburg an der Donau. In beiden Fällen zerschmetterten die Provokateure die Saaleinrichtungen und schlugen mit zerbrochenen Stühlen ein kommunistische Funktionäre ein. Zahlreiche Versammlungsteilnehmer erlitten schwere Verletzungen.

In Stade überfielen von der CDU gekaufte faschistische Elemente eine SPD-Wahlversammlung. Die Provokation scheiterte an dem einmütigen Widerstand der Versammlungsteilnehmer.

München (ADN). Strafanzeige gegen mehrere faschistische Wahlterroristen wegen Körperverletzung hat der SPD-Unterbezirk München gestellt. Die Täter gehören

der Adenauer zogen und zu seiner Wahl aufzuden, sind große Wahlpakete mit folgender Aufschrift geklebt worden: „Gebt mir noch einmal vier Jahre Zeit, und ihr werdet Deutschland nicht wiedererkennen.“

Bad Hersfeld (ADN). Das Karlsruher Bundesverfassungsgericht habe zugesagt, den Verstoßprozess gegen die KPD im November öffentlich durchzuführen, erklärte der Bonner Innenminister Dr. Lehr Sonntagabend auf einer CDU-Wahlversammlung in Bad Hersfeld. Mitte Mai hatte der Senat des westdeutschen Verfassungsorgans wegen der umfassenden Protestbewegung den KPD-Verstoßprozess auf unbestimmte Zeit vertagen müssen.

## Wo sie der Schuh drückt!

An dem Westberliner SPD-Oberbürgermeister Ernst Reuter richtete Herr E. Jäger aus Neukölln, Eisenstraße 83, folgenden Brief, den er auf abschätzlich zur Verfügung stellte:

„Ich bin seit vier Jahren arbeitslos. Uns Arbeitslosen wird immer bloß mit Worten und nicht mit Taten geholfen. Statt der Erhöhung der Unterstützung wurde diese gekürzt. Ich beziehe jetzt eine Alt-Unterstützung, die für fünf Personen 35 WM die Woche beträgt. Davon muß ich noch die Miete bezahlen. Weil ich die Miete nicht aufbringen konnte, bin ich mit meiner

Familie im Jahre 1950 schon einmal exzitiert worden.

Herr Bürgermeister, sollte das wohl alle bei Ihnen keine Not sein? Was ich mit meiner Familie in diesen vier Jahren erleben mußte, kann man hier nicht alles niederschreiben. Ich glaube wohl, wenn man von Not spricht, so betrifft das uns alle Westberliner Erwerbslose und nicht die DDR-Bewohner. Unter den angeblich „hungerrde“ Ostbewohnern, von denen immer die Rede ist und denen mit Lebensmittelpaketen „gesöhnt“ wird, sind viele die er sich schon Lebensmittelpakete zum Kauf angebot haben. Hier die Preise: eine Büchse Milch 15 Pf., eine Büchse Schmalz 1,50 WM.

Deshalb möchte ich Ihnen sagen, Herr Bürgermeister, was für Erwerbslosen der Schuh drückt, wir brauchen Arbeit, damit wir endlich mit unseren Familien ein menschenwürdiges Dasein fristen können.“

## Von der Hand in den Mund

Am 19. August hatte ich als zufällige Zuschauerin bei der Lebensmittelausgabe an Westberliner Rentner und Erwerbslose vor der Sporthalle in der Sinalalallee Gelegenheit, mit beiden Parteien zu sprechen und einen Einblick in die Aktion zu gewinnen.

# Amerikaner dafür - Briten dagegen

### Bündnis USA-England zerbröckelt immer mehr / Was nun weiter?

Washington (ADN/Engl. Ber.). „Das britisch-amerikanische Bündnis steht vor seinen schwerwiegendsten Spannungen seit dem zweiten Weltkrieg. Die amerikanische Stillstand in Korea hat einen Wirkkreis zwischen Großbritannien und den USA ausgelöst, der Monate andauern und voraussichtlich immer heißer werden wird.“ Diese Feststellung trifft die halbmonatliche USA-Zeitschrift „US News and World Report“.

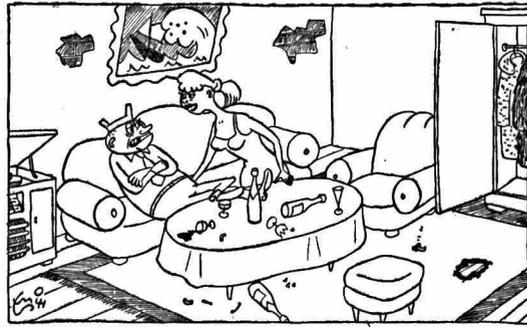
Das Blatt hebt hervor: „Li Syng Man erregt in England allgemeines Mißfallen. Die Forderung, die Außenminister Dulles mit Li Syng Man getroffen hat, nach dem Tag der Friedenskonferenz zu verlassen, falls bis dahin keine Einigung erzielt sei, hat die britische Bevölkerung schockiert. Sie ist der Ansicht, daß eine derartige Entscheidung der Organisation der Vereinten Nationen vorbehalten sein müsse und nicht von den USA gefällt werden könne.“

Abgesehen von diesen Meinungsverschiedenheiten, die jedoch noch wesentlich größere Differenzen zwischen beiden Ländern, betont die Zeitschrift. Die Aufnahme der Volksrepublik China in die UN wird es in dem Artikel heißt, „von den USA energisch abgelehnt“. Die Grobbritanien hingegen wird sie allgemein diskutiert und geplant. Großbritannien ist dafür, Tschang Kai-schek fallenzulassen, die USA

Bestehende Melodien, dargeboten von der Berliner Bigband „Mitsch“. Die Tatsache, daß die UN nach 11 Uhr drängten sich alle Bedürftigen an die Ausgabestellen. Die Abfertigung erfolgte schnell und reibungslos. Ein Westberliner Rentner meinte, daß er so etwas Liebes aus dem Französischen bei der Ausgabe noch nicht vor dem erlebt habe. Ein Erwerbsloser erzählte den Umstehenden, daß er mit 28,- DM wöchentlich Arbeitslosenunterstützung auskommen müsse, „davon sollen meine Frau, mein Kind und ich leben. An Miete habe ich monatlich 4,- DM zu zahlen, man kann sich ausrechnen, daß wir von der Hand in den Mund leben.“

Vor der Sporthalle kam es zwischen den Westberliner Bedürftigen und unserer Bevölkerung zu erhellenden und sehr fruchtbaren Diskussionen. Immer wieder wurde dabei auf beiden Seiten die ehrliche Wille fühlbar, die Bemühungen unserer Regierung um Erhaltung des Friedens und Einigung des deutschen Volkes jederzeit freudig und tatkräftig zu unterstützen. Diese Aktion war wirklich ein Beweis des guten Willens, des Bekenntnisses zu den Forderungen der Notleidenden Westberliner, um eine soziale Gerechtigkeit, um Frieden und Arbeit.

Gerda Weiß, Berlin O 113



„Jimmy, du mußt unbedingt meine zwar von dir eingerichtete, aber auch von dir wieder reparierte Wohnung auf Bestandskosten neu einrichten. Denn, wenn möglich werden auch hier die Bestandskosten furchtbar gekürzt.“ - „Aber Darling, so wenig Verräter hast du zu unserem Conny Adenauer!“

# Kriegsrüstung an der Ruhr

### „Libération“: Massenproduktion von Geschützen und „Tiger“-Panzern

Paris (ADN/Engl. Ber.). Die französische Zeitung „Libération“ berichtet in einem aufsehenerregenden Artikel über die verstärkten Vorbereitungen, die von den USA, Großbritannien und der Bonner Regierung zur Massenproduktion von Maschinenwaffen des Typs 1943, Maschinenpistolen des gleichen Banjahres, 8,9-cm-Flakgeschützen, „Tiger“-Panzern und anderen Waffen getroffen wurden.

neben den amerikanischen Waffen in erster Linie auch Waffen der ehemaligen Hitler-Wehrmacht genommen werden. Jedoch wurde erwähnt, daß gegenwärtig noch keinerlei offizielle Entscheidung in dieser Frage getroffen worden sei, da die Ratifizierung des EVG-Vertrages durch die Parlamente Frankreichs, Belgiens und der Niederlande dadurch erschwert werden könnte.

Das Blatt schreibt, daß die westdeutsche Militärdelegation, die kürzlich unter Führung der militärischen Berater Adenauer, Theodor Blank und Exgeneralmajor Heusinger, in die USA reisten, um die amerikanische führenden Militärs ausführliche Vorschläge für die Produktion solcher Waffen in Westdeutschland unterbreitet haben. Die Vorschläge Blanks und Heusingers, so erläutert das Blatt, wurden mit dem USA-Kriegsminister Wilson, dem Heeresminister Stevens und den Generalen Ridgway, Collins und Gruenther beraten. Alle erwiderten, daß die Produktion einer solchen Rüstung der zukünftigen „Europa-Armee“

klärt, die Tätigkeit im öffentlichen Leben habe „noch nirgendwo normalen Charakter angenommen“. Nach wie vor stehen die Arbeiter und Angestellten des Post- und Fernmeldewesen im Streik. Auch die Bergarbeiter, Metallarbeiter und Bauarbeiter setzen ihren Streik fort. Auf den Pariser Bahnhöfen, mit Ausnahme des Lyoner Bahnhofs, hält die Streikbewegung an.

# Arbeiter über die Verräter empört

### Streik in Frankreich geht weiter / „Le Monde“: Tätigkeit nirgendwo normal

Paris (ADN). Breite Teile der französischen Arbeiterklasse stehen ungeachtet der von den rechten Gewerkschaftsführern der „Force Ouvrière“ und der christlichen Gewerkschaften getriebenen Wiederaufnahme der Arbeit weiter im Streik. Die Haltung dieser Gewerkschaftsführer, die hinter dem Rücken des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes mit der Regierung Verhandlungen aufgenommen haben, hat bei zahlreichen Werktätigen Entrüstung hervorgerufen. Streikende aller Gewerkschaftsorganisationen kamen in Paris, in Toulon und in anderen größeren Städten des Landes zu Protestversammlungen zusammen.

Auch in den meisten Städten und Departements Frankreichs dauert der Streik mit der gleichen Entschlossenheit an. In mehreren Städten traten Gewerkschaftsfunktionäre der Christlichen Gewerkschaften und der „Force Ouvrière“ aus Protest gegen das Abkommen der rechten Gewerkschaftsführer mit der Regierung aus ihren Gewerkschaften aus. In Toulon, Montluçon, Lyon, Marseille, Nizza, Brest und in anderen Städten nahm der Streik der Metallarbeiter allgemeinen Charakter an. In den Hauptbetrieben von Grenoble streikten alle Arbeiter. In Rouen und Bordeaux wird ebenfalls gestreikt. In den Kohlengruben der Departements Nord und Pas-de-Calais hat der Streik nach wie vor allgemeinen Charakter. In der Textilindustrie dehnten sich die Arbeitslosenlegierungen aus. „Panzer-De-Arbeiter“ der Brotproduktion in Paris und mehreren Provinzstädten kündigten einen dreitägigen Streik an.

Die bürgerliche französische Presse muß zugeben, daß die Streikenden die Verhandlungen mit der Regierung verweigerten und auf ihren Forderungen bestehen: Aushhebung aller Notverordnungen der Regierung, allgemeine Erhöhung der Löhne und Gehälter. Die „Le Monde“ beklagt sich, daß sich die Hoffnungen (auch Beendigung des Streiks) nicht erfüllt haben. „Das Blatt er-

derherstellung der Einheit Deutschlands abgelehnt.“

Stuttgart (ADN). Vor mehr als 20 000 Einwohnern der Stadt Ludwigschafen forderte der Vorsitzende der KPD, Max Reimann, die Werktätigen Westdeutschlands auf, bei den Bundestagswahlen am 6. September dafür zu sorgen, daß die Adenauer-Regierung gestürzt und das Kräfteverhältnis im Bundestag geändert wird, damit eine Koalitionsregierung aus Adenauer-Gegnern gebildet werden kann. Es müsse eine Regierung gebildet werden, die Einheit Deutschlands zum Nutzen des gesamten deutschen Volkes den Weg der Verständigung, der Einheit und des Friedens beschreitet.

Düsseldorf (ADN). Auf einer gemeinsamen Wahlversammlung in Düsseldorf forderten die Vorsitzende der Gesamtdeutschen Volkspartei (GVP), Helene Wessel, und der Vorsitzende des Bundes der Deutschen, Dr. Wirth, vor etwa 1000 Personen die baldige Wiederherstellung der Einheit Deutschlands. Das Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland sowie unverzügliche Verhandlungen der Großmächte zur friedlichen Lösung der deutschen Frage auf der Grundlage der sowjetischen Vorschläge,

kläre, die Tätigkeit im öffentlichen Leben habe „noch nirgendwo normalen Charakter angenommen“. Nach wie vor stehen die Arbeiter und Angestellten des Post- und Fernmeldewesen im Streik. Auch die Bergarbeiter, Metallarbeiter und Bauarbeiter setzen ihren Streik fort. Auf den Pariser Bahnhöfen, mit Ausnahme des Lyoner Bahnhofs, hält die Streikbewegung an.

## Vom Urlaub in die Fremdenlegion

Hamburg (G. Eng. Ber.). Ein neuer Fall der Verschleppung in die Fremdenlegion wird aus Hamburg gemeldet. Der siebenzehnjährige Sohn eines Hamburger Kaufmannes kehre aus dem Urlaub zurück mit einer Verletzung. Seine Eltern, die Mitteilung, nachdem sie vorher vergeblich versucht hätten, Näheres über sein Schicksal zu erfahren, daß er Fremdenlegionär sei. Man nimmt an, daß er betrunken gemacht und verschleppt worden ist.

## Vollkommensersatzung im Rundfunk

Der Deutsche Demokratische Rundfunk bringt auf dem Programm des Deutschlandsenders 185 kHz = 1621,6 m (Langwelle) und 738 kHz = 393,6 m (Mittelwelle) am Dienstag, dem 25. August, um 15 Uhr eine Originalübertragung von der außerordentlichen Vollstzung der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik.

den organisierten Überfalltruppen der CDU an, die Adenauer im Wahlkampf gegen die verständigungsbestrebenden und demokratischen Kräfte in Westdeutschland einsetzt.

Der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion in Rheinland-Pfalz, Herdt, hat sich in einem Offiziellen Brief an den Innenminister von Rheinland-Pfalz, Zimmer (CDU), darüber beschwert, daß der SPD im Landkreis Pirmasens in vielen Orten keine Räume für Wahlversammlungen zur Verfügung gestellt wurden.

Hamburg (G. Eng. Ber.). Antisemitismus im Wahlkampf wird erneut aus Hamburg gemeldet. Faschisten drückten mit einem selbst angefertigten Stempel einen „Judenstern“ mit der Inschrift „1935 m (Mittelwelle) am Dienstag, dem 25. August, um 15 Uhr eine Originalübertragung von der außerordentlichen Vollstzung der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik.“

Hamburg (G. Eng. Ber.). Antisemitismus im Wahlkampf wird erneut aus Hamburg gemeldet. Faschisten drückten mit einem selbst angefertigten Stempel einen „Judenstern“ mit der Inschrift „1935 m (Mittelwelle) am Dienstag, dem 25. August, um 15 Uhr eine Originalübertragung von der außerordentlichen Vollstzung der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik.“

mit immer neuen Einfällen führen die Werktätigen der Hansestadt den Wahlkampf durch. Auf vielen Wahlpaketen der CDU,

## Das Geld ist da

Unter der Schlagzeile „Sonderbeihilfe für Arbeitslose“ brachten die „Tagesspiegel“ am 23. August, daß der Westberliner DGB in einem Schreiben an Reuter die Zahlung einmaliger Notstandsbeträge an alle Westberliner gefordert hat, die länger als ein Jahr arbeitslos sind. Danach sollen für einwöchentliches Jahr Arbeitslosigkeit 80,- W-Mark, für drei Jahre 60,- WM, für zwei Jahre 40,- WM und für ein Jahr 20,- WM gezahlt werden. In der Forderung heißt es u. a.: „Langjährig arbeitslos sind sehr viele Menschen seelisch zermürbt und ihnen einen besonderen Notstand aufzuzunehmen.“

Was der West-Senat für diesen bestehenden Notstand übrig hat, zeigte dem Betrug der großangelegten „Unterstützungserhöhung“. Ein Teil der Arbeitslosen erhielt, wie der Diplomat-Kaufmann Arthur Berger, Berlin-Steglitz, weniger als vorher ausgezahlt. Kein Wunder, daß die betroffenen Arbeitslosen empört waren, man soll nicht mit Worten, sondern mit Taten helfen. Doch für Taten zugunsten der Erwerbslosen hat es dem Reuter-Senat bisher immer „an Geld gefehlt“. So ist es nun wieder wunderbar, daß auch bei der Forderung des DGB die übliche Begleitmusik nicht ausbleibt. Die „Morgenpost“ schreibt hierzu: „Und wer gibt das Geld?“

Nichts einfacher als das. Der Restbetrag der 18 Millionen Dollar, die Reuter für einen politischen Paketrummel verwendet, reicht aus, um allen notleidenden Westberlinern eine sofortige Sonderunterstützung zu gewähren.

Ist deshalb der DGB ernsthaft bemüht, daß den notleidenden Westberlinern geholfen wird, sollte er sich mit allen Mitteln dafür einsetzen, daß Reuter mit dem noch restlichen Millionen die wirklich vorhandene Not in Westberlin lindert. —>

# FDP blies vergeblich zum Sammeln

### Max Reimann vor 20 000 Ludwigschafenern / KPD gibt Rechenschaft

Essen (ADN). Während zu gemeinsamen Kundgebungen der GVP und des Bundes der Deutschen in Essen und Gießen etwa 2500 Personen erschienen waren, brachte die adenauerhörige FDP auf einer von ihr einberufenen Versammlung in Essen kaum 100 Personen auf die Beine. In Fulda sprachen auf einer Wahlversammlung der GVP die Bundestagskandidaten Wilhelm Effe und Konrad A. Dr. Respondio. Die Versuche einer Schlichtung der Jungen Union, die Versammlung zu sprengen, scheiterten an der unerschütterlichen Haltung der Versammlungsteilnehmer.

Düsseldorf (ADN). Die Bundestagsfraktion der KPD hat der Öffentlichkeit jetzt von Wahlbrodschreie übergeben, in der westdeutschen Bevölkerung Rechenschaft über alle Maßnahmen und Schritte der KPD-Fraktion gegeben wird, die sie unternommen hat, um den Verstoß der Adenauer-Fraktion an den Interessen des deutschen Volkes zu verhindern. In der Wahlbrodschreie wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Bonner Regierungsparteien und auch die rechte SPD-Führung in den vergangenen vier Jahren alle Anträge der KPD zur Wie-

berliner Zeitung Nr. 136 / 25. Aug. 1953 / Seite 2

# Freie Diskussion

# Amerikaner dafür - Briten dagegen

### Bündnis USA-England zerbröckelt immer mehr / Was nun weiter?

Washington (ADN/Engl. Ber.). „Das britisch-amerikanische Bündnis steht vor seinen schwerwiegendsten Spannungen seit dem zweiten Weltkrieg. Die amerikanische Stillstand in Korea hat einen Wirkkreis zwischen Großbritannien und den USA ausgelöst, der Monate andauern und voraussichtlich immer heißer werden wird.“ Diese Feststellung trifft die halbmonatliche USA-Zeitschrift „US News and World Report“.

Das Blatt hebt hervor: „Li Syng Man erregt in England allgemeines Mißfallen. Die Forderung, die Außenminister Dulles mit Li Syng Man getroffen hat, nach dem Tag der Friedenskonferenz zu verlassen, falls bis dahin keine Einigung erzielt sei, hat die britische Bevölkerung schockiert. Sie ist der Ansicht, daß eine derartige Entscheidung der Organisation der Vereinten Nationen vorbehalten sein müsse und nicht von den USA gefällt werden könne.“

Abgesehen von diesen Meinungsverschiedenheiten, die jedoch noch wesentlich größere Differenzen zwischen beiden Ländern, betont die Zeitschrift. Die Aufnahme der Volksrepublik China in die UN wird es in dem Artikel heißt, „von den USA energisch abgelehnt“. Die Grobbritanien hingegen wird sie allgemein diskutiert und geplant. Großbritannien ist dafür, Tschang Kai-schek fallenzulassen, die USA

# Amerikaner dafür - Briten dagegen

### Bündnis USA-England zerbröckelt immer mehr / Was nun weiter?

sind dagegen. Handel mit dem kommunistischen China scheint den USA unannehmbar, für Großbritannien stellt er das einzig Verfügbare dar.

Abschließend macht die Zeitschrift die resignierte Bemerkung: „Die Tatsache bleibt bestehen, daß sich Großbritannien wahrscheinlich niemals mit den USA in der Chinafrage einigen wird. Was aber nun weiter zu tun ist, wollen die USA ohne die Unterstützung des gewerkschaften Landes wie Großbritannien betreiben?“

Washington (ADN/Engl. Ber.). „Das britisch-amerikanische Bündnis steht vor seinen schwerwiegendsten Spannungen seit dem zweiten Weltkrieg. Die amerikanische Stillstand in Korea hat einen Wirkkreis zwischen Großbritannien und den USA ausgelöst, der Monate andauern und voraussichtlich immer heißer werden wird.“ Diese Feststellung trifft die halbmonatliche USA-Zeitschrift „US News and World Report“.

Abgesehen von diesen Meinungsverschiedenheiten, die jedoch noch wesentlich größere Differenzen zwischen beiden Ländern, betont die Zeitschrift. Die Aufnahme der Volksrepublik China in die UN wird es in dem Artikel heißt, „von den USA energisch abgelehnt“. Die Grobbritanien hingegen wird sie allgemein diskutiert und geplant. Großbritannien ist dafür, Tschang Kai-schek fallenzulassen, die USA

# Bonn will DGB zerschlagen

### Gelbe Gewerkschaftsbewegung in Vorbereitung / Ohrfeige für Freitag

Düsseldorf (ADN). Mit der Bildung eines „Aktionsausschusses“ der „Katholischen Arbeiterbewegung“ (KAB) am Sonntag in Beckinghausen hat Adenauer den Kniefall des DGB-Vorsitzenden Walter Freitag beantwortet. Freitag hatte sich in Bonn versammelt. Die DGB-Konferenz in Essen für eine Zusammenarbeit mit der CDU im neuen Bundestag ausgesprochen. Der Aktionsausschuss der KAB soll prüfen, ob die unternehmerischen Kreise im DGB stark genug sind, sich selbst als gewerkschaftliche Organisation zu Beginn der KAB-Tagung, an der sogenannte Delegierte aus ganz Westdeutschland teilnehmen, wurden Bandenaufnahmen von Reden Adenauer und des Kölner Kardinal in Bonn abgelehnt. In der Rede Adenauer zu, daß die Spaltungsarbeiten in der offenen Opposition der westdeutschen Gewerkschaften gegen die Unternehmerparteien des Adenauer-Regimes ihre Ursache haben. Die Delegierten der Gewerkschaften zum Ausdruck gebrachte Tendenzen würden die Herrschaft der Konzern-

# Bonn will DGB zerschlagen

### Gelbe Gewerkschaftsbewegung in Vorbereitung / Ohrfeige für Freitag

unternehmer „in Gefahr bringen“. Adenauer sagte dazu: „Das machen wir unter keinen Umständen. Ich kann nur die Hoffnung haben, daß in der Gewerkschaft nach dem Treffen gesehen wird. Den mit der Spaltung der Gewerkschaften beauftragten KAB-Delegierten“ rief er zu: „Sorgen Sie dafür, daß die Gewerkschaften im Interesse des Staates ihre Aufgaben auf wirtschaftlichen Gebieten erfüllen.“

In einer „Entscheidung“ wurden diese Anweisungen Adenauer aufgenommen. Dem DGB wird darin zum Vorwurf gemacht, daß die „Funktionskonferenz“ des DGB in Essen die Forderung der Gewerkschaften aufgriffen und sich trotz ihrer „Proteste“ der Adenauer und Kraiser hinter den Wahlenort gestellt hat. Kaiser hatte bereits Mitte vergangener Woche zusammen mit dem Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Arnold (CDU), und weiteren CDU-Bundestagsabgeordneten dazu aufgerufen, eine Fraktion unternehmerischer Kreise zu bilden, die die Gewerkschaften um mit deren Hilfe die Gewerkschaften zu spalten.

## DRP-Naumann ohne Wahlrecht

Düsseldorf (ADN). Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hat in einem Entnazifizierungsverfahren dem Bundestagskandidaten Dr. Naumann als „Hauptschuldiger“ an den Verbrechen des Naziregimes das aktive und passive Wahlrecht aberkannt. Das wurde am Wochenende in Düsseldorf offiziell bekanntgegeben. Damit hat sich die öffentliche Meinung des In- und Auslandes, die durch das Wiederauftreten des ehemaligen Staatssekretärs im Goebbels-Frangenschiefer, Dr. Naumann, alarmiert worden war, durchgesetzt.

letzten sowjetischen Noten keine Ergebnisse „herauszubringen“ erwarfen lassen.“ als „unverwundbar“ und „unerschütterlich“ gleichzeitig unterstützte er aber die Adenauer-Partei, indem er Ost-West-Verhandlungen und die Mitarbeit an einem Wahlgesetz ablehnte.

## Der letzte Versuch

Hamburg (G. Eng. Ber.). In letzter Stunde vor den Wahlen versucht die Adenauer-Regierung mit Hilfe ihrer Filmgesellschaft die Produkte des Hitlerregimes zu einer massiven anti-sowjetischen Heißkampagne einzusetzen. Vier Hamburger Lichtspieltheater zeigen gegenwärtig die „Spitzen-erzeugnisse“ der Goebbelschen UFA-Produktion „Weiße Sklaven“ und „Panzerkreuzer Westkapitol“. Andere Kinos zeigen den faschistischen Film „Auf beiden Seiten der Rollbahn“.

## Gewerkschaftsfeind ausschließen

Frankfurt a. M. (ADN). Die westdeutschen Arbeiter wollen nicht länger einen Mann in ihren Reihen sehen, der zwar das DGB-Mitgliedsbuch in der Tasche habe, aber die Gewerkschaftsbewegung ständig beschimpft. Mit diesen Worten fordert die Zeitung „Morgenpost“ den sofortigen Ausschuß des Bonner CDU-Arbeitsministers Storch aus dem DGB. Storch hatte auf einer CDU-Wahlversammlung in Würzelen bei Aachen gestanden und meinte, daß die „endliche Ordnung“ schaffen müsse.

## Kritik am „Stahlhelm“ wird verfolgt

Hamburg (ADN). Der Betriebsratsvorsitzende in einem Fabrik und der Betriebsrat Willy Lutz und Robert Witzke der AG Weserwert wurden vom Bremer Arbeitsgericht ihre Funktionen entzogen, weil sie in einem Telegramm an den hessischen SPD-Innenminister Zinzin gegen das faschistische Stahlhelmtreffen am 12. Juli in Gießen protestiert hatten.

## In den Tod gestürzt

München (ADN). Ohne Klitteraufzucht wollten die beiden 18jährigen Jugendlichen Edgar Wagner und Karl Zahnmann den Jubiläumsweg von der Zugspitze zur Alpenzspitze bezwingen. Am 2700 m hohen Hochalpen verstriegen sie sich, dabei stürzte Wagner ab und war sofort tot.

## Bitte der Deutschen Post

Berlin (ADN). Die Deutsche Post bittet im Interesse einer reibungslosen Postbeförderung die Arbeiter und Postbediensteten in der Stadt Fürstberg (Oder) besteht und es außerdem noch den Ort Fürstberg (Havel) gibt.

## Wo bleibt die Konsequenz?

Bonn (ADN). Der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer warnte am Wochenende in einer Wahlversammlung vor der „Politik der Stärke“ und erklärte: „Das deutsche Volk sollte von einer solchen Politik ein für allemal die Finger lassen.“ Der zweite SPD-Vorsitzende, Helmut Schmidt, auf einer Wahlversammlung die Behauptung, „daß die

## Lokomotive rammt Britenpanzer

Düsseldorf (ADN). Zu einem schweren Eisenbahnunfall kam es, als ein mit zwei Lokomotiven fahrender Personenzug in der Nacht zum Sonnabend bei Teltze auf einen britischen Holzpfeiler auf einer Nebenbahn stieß. Der mit einem britischen Lokomotivführer besetzte Personenzug wurde durch den Zusammenstoß in zwei Teile zerlegt. Der Lokomotivführer wurde schwer verletzt. Die Ursache des Unfalls wird ermittelt.











„Jeder Deutsche kann tief befriedigt sein“
Berlin unter dem Eindruck der Moskauer Beschlüsse / Extrablätter brachten gute Kunde

Das sowjetisch-deutsche Kommuniqué über die Verhandlungen zwischen der Regierung der UdSSR und der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik bildete am Sonntag das Hauptgesprächsthema der Berliner in Ost und West. Als in den späten Nachmittagsstunden in allen Teilen des demokratischen Sektors Extrablätter mit dem Text der beiden Verlautbarungen verteilt wurden, rissen die Straßenpassanten sie den Vertretern förmlich aus den Händen. Häufig bildeten sich sog. Diskussionsgruppen, in denen die Ergebnisse der Moskauer Verhandlungen leidenschaftlich erörtert wurden.

Die Gütekontrollen Possin aus den Metallhütten- und Halbzugwerken Niederschönebrunn äußerte sich zutiefst befriedigt, als er die gute Kunde durch seinen Sohn erfuhr. „Wir leben ja schon ganz gut, daß muß man sagen“, erklärte er, „aber wir, die wir dreimal ausgebaut wurden, brauchen doch noch allerhand. Ich denke, daß es in der kommenden Zeit leichter sein wird, die Wünsche zu bekommen. Aber kein Zweifel, daß sich die Strelchung der Reparationsverpflichtungen und die anderen Erleichterungen sehr günstig auf unsere ganze Wirtschaft auswirken werden.“

T o r n o w, lud sofort nach Bekanntwerden der bedeutungsvollen Nachricht die Bewohner der Straße in ihre Wohnung ein. 18 Einwohner folgten der Aufforderung und hörten sich zunächst die Rede des Berichtes des demokratischen Rundfunks über die Rückkehr der Regierungsdelegation und die nochmalige Verlesung des Kommuniqués an. Danach sprachen sie eifrig miteinander über das Gehörte. Fast jeder nahm an der Diskussion teil.



Bunte Spiele im Festzug der Treptower Kleingärtner; kleine Festteilnehmer in ihrem blumengeschmückten Wägelchen und — die lockende Spreize, die den harterzigsten Fischern in die Netze ging



Bunte Spiele im Festzug der Treptower Kleingärtner; kleine Festteilnehmer in ihrem blumengeschmückten Wägelchen und — die lockende Spreize, die den harterzigsten Fischern in die Netze ging

Kinder, das wird ein Fest! Am Mittwoch, dem 26. August 1953, findet im Pionierpark Ernst Thälmann in der Wuhleide ein großes Abschlussfest der diesjährigen Ferienaktion statt. Neben einem Fußballspiel mit dem Text der Verlautbarung wird ein Varieteprogramm des Friedrictsdampftastes gezeigt. Abends wird auf der Seetrasse getanzt. Alle Eltern und Kinder sind hierzu herzlich eingeladen. Eintritt ist frei. Beginn 14 Uhr. Ende 19.30 Uhr. BVG-Freifahrtsscheine erhalten Kinder über ihre Schulen oder die Abt. Außerschulische Erziehung der Räte der Stadtbezirke.

Der Kulturleiter des gleichen Betriebes, Platen, meinte, daß jeder Deutsche mit dem Moskauer Ergebnis äußerst zufrieden sein würde. „An der Kriegserklärung zu einem Zinssatz von nur 2 Prozent“, sagte er, „sieht man, daß unsere Regierung mit einem wirklichen Frieden verhandelt hat. Jedem, der seinen Staat hätte verlassen wollen, werden die Reparationsverpflichtungen ein Belästigung für unser Volk bedeutet hätte.“

Außerdem sollten sich die Teilnehmer der am 28. August in Berlin stattfindenden Konferenz zur Vorbereitung des Lehrjahres 1953/54 mit der Frage beschäftigen, ob nicht theoretisch die Möglichkeit besteht, die Zweigen unserer Berufsschulen augenblicklich zu groß sind.

Was wird aus Heinz und Susanne?
Hilfe für Jugendliche ohne abgeschlossene Grundschule nötig

Sie alle sind Kinder der Jahrgänge 1939/1940, die blonden Jungen Heinz Decker und Erwin Magnus ebenso wie die dunkelhaarigen Mädchen Susanne und Marianne Sonnichsen. Als sie in den Jahren 1945/46 schulpflichtig wurden, meldeten die inzwischen verwitweten Mütter sie ordnungsgemäß zum Schulbesuch an. Heute treffen wir sie und viele ihrer Geschwister in den Abteilungen für Arbeit und Berufsausbildung der Stadtbezirke, in den Anwerberäumen unserer großen Werke, bei der Handwerkskammer, kurz überall dort, wo sie auf Zuweisung einer Arbeit hoffen können. Aber nicht alle sind glücklich. Was ist mit denjenigen, denen wir betraut Rat des Stadtbezirks Mitte begegnen, haben sie das Ziel der 8. Grundschulklasse nicht erreicht? Wegen einer jahrelangen Lungenkrankheit versäumte Erwin kostbare Schulzeit; Susanne und Marianne sind auch aus Gesundheitsgründen mit dem Lernen nicht fertig geworden. Heinz blieb stumm, er konnte nicht rechnen und einige andere Fächer ein wenig schwächen.

keine Lehrstühle antreten, weil sie den Anforderungen eines Lehrberufes und der Berufsschule nicht gewachsen sind. Arbeitsstellen in Alerberufen gibt es aber wenige, so daß viele Jugendliche heute noch ohne Ausbildung sind. Heinz Deckers Stiefvater hat beispielsweise seinen ganzen Urlaub dazu benutzt, um etwas für den Jungen zu finden; es ist ihm nicht gelungen. Susanne Decker hat eine Lehrstelle bei der Post bekommen, wurde aber doch abgelehnt, da man befürchtete, sie würde die Anforderungen der Berufsschule nicht erfüllen. Heinz Decker hat eine gute Abgangszeugnis aufweisen; das ist jedoch aus der 5. Klasse stammt, will kein Betrieb sie einstellen. Die Mütter würde Arbeitsmöglichkeiten für ihre Kinder suchen. Einigen ist es gelungen, aber andere noch einen Kranken Sohn zu versorgen hat.

Einige Ausnahme machten alle Jugendlichen, mit denen wir uns unterhielten, ein einziges Wort: „Was können wir machen, um ihnen zu helfen? Wir meinen, es gibt eine ganze Menge Berufe, in denen solche Jugendliche wie Heinz und Susanne arbeiten könnten. Die Abteilungen Arbeit und Berufsausbildung des Stadtbezirks Mitte ist gerade dabei, den Betrieben ihres Bereiches klarzumachen, daß man sich von offenbar wachsenden Zahlen der Jugendlichen in den Anwerberäumen überlassen muß. Da es ihnen hauptsächlich an theoretischen Kenntnissen mangelt, sollte man ihnen eine Möglichkeit geben, die fehlende nachzuholen. Wie Staatssekretär Wißner erklärte, hat sich die Sowjetunion 1943 mit den sogenannten Schulen der Arbeiterjugend gehalten. Diese Schulen für Jugendliche ohne abgeschlossene Grundschulzeit keine abgeschlossene Schul-

Wo Fleiß und Früchte üppig wachsen
Treptower Kleingärtner bauten sich ihr Kulturhaus selbst

Es war schon sehr lange der Wunsch der Kleingärtner, die sich in der Kolonie „Rathaus“ in Treptow ihr grünes, blühendes Paradies geschaffen haben, ein richtiges, großes, eigenes Kulturhaus zu besitzen; mit einem großen Saal, einer Tanzfläche, Räumen für kleinere Zusammenkünfte und Besprechungen und einem guten Aussenk. Es gab hitzige Wortgefechte um dieses „Hirngespinnst“, es fehlte nicht am Gegners dieses Planes; dafür fehlte es — leider — als eines Tages die fertigen Bauzeichnungen vorlagen und die Baugenehmigung eingeholt werden sollte, sehr an der notwendigen Unterstützung durch die Behörden. Die Laublenkole liegt offenbar zu dicht am Rathaus Treptow, man kann aus dessen Fenstern zu leicht über sie hinwegsehen. Aber das Hauptplanungsamt erhebt schließlich alle Wege, und im September 1952 begannen die Arbeiten.

gangenen Sonntag ihr Werk, ihren Fleiß und ihren Erfolg zu feiern. Wie konnten sie das besser tun, als durch einen schönen Festzug, der den Frohsinn, den Humor und echt Berliner Witz bis in weit entlegene Straßen des Ostteilens trug? Musik und Farben, blumengeschmückte Kinder, alle alterlicher Typen wie Nante, der Musikmaxe, die Harterjule, der Schusterjunge und sein weißes Gegenstück, der Bäckerjunge, die Blumenfrau vom Potsdamer Platz — alle waren in dem schönen Zug zu finden, der von drei Beritonen angeführt wurde. Das Glanzstück war eine richtige in der Sprengelgasse Nixe, die von zwei Fischern, die sich in die Netze gegangen war, wie mit Argusaugen bewacht wurde. Altberliner Gesichten, altberliner Sagen wurden wieder wahr, erhellten Leben und Gestalt und riefen auf vielen Gesichtern ein fröhliches Lachen, in vielen verzerrten Zügen ein wehmütiges, schönes Erinnern hervor.

Wir brauchen keine Baufirma, keine fremden Bauarbeiter und kein fremdes Geld, wir schaffen es allein“, sagten die Kleingärtner stolz. Große Worte waren das — sie haben es wirklich geschafft! Sie haben sich ein schönes, geräumiges Haus gebaut, das eine angenehme Architektur zeigt, sich gut in die freundliche Gartendlandschaft einfügt und alle Wünsche der Kleingärtner erfüllt. Diese gaben damit ein Beispiel, das aller Nachahmung wert ist. Besonders nach dem Wert der Initiative, der Fleiß, die Beharrlichkeit — gute Eigenschaften, die offenbar auf dem anspruchsvollen sandigen Treptower Gartenboden gut und üppig gedeihen.

Doch als der lange Zug an seinen Ausgangspunkt zurückgekehrt war, entfaltete sich auf dem Festplatz ein buntes Treiben. Ein buntes Kulturprogramm sollte ab, das zeigte, daß die Kleingärtner nicht nur Tormaten zücken können. Sie haben auch viel Sinn für die eigene Musik. Und eine ständige Volkstanzgruppe aus Oberbayern stellte das beste freundschaftliche Band zwischen Nord und Süd her. Das zwischen Ost und West ist sowieso innerhalb der Kolonie geknüpft und Kreuzeberger Drahtzaun an Drahtzaun mit ihren Freunden aus Treptow.

Nach sauren Wochen und Monaten gibt es frohe Feste. Die Kleingärtner der Siedlung „Rathaus“ laten recht daran, am ver-

Als sich am Abend die große runde Scheibe des Mondes leuchtend erhob, blirkte sie auf ein buntes Volkchen, das auf echt Berliner Art zu feiern verstand, wenn Hirt und Fäuste das Ihre geleistet haben. Und in manchem Gärtchen glühten die Lampen in mancher Laublenkole leuchteten sich Vater und Mutter verständnisvoll die Hände: „Na, haben wir das nicht wieder feim gemacht? ...“

Antworten Sie, Herr Kommandant!
Protetschreiben der SED-Bezirksleitung an französischen Kommandanten

Sie ersuchen, zu gewährleisten, daß diese Versammlung ordentlich durchgeführt werden kann.

Das Bezirksleitung Groß-Berlin der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands hat an den Militärkommandanten des französischen Sektors von Berlin, General Mancau-Demau, ein Schreiben gerichtet, in dem sie seinen Protest gegen das völlig unzulässige Verbot der Freizug, 21. und 22. August, einberufen öffentlichen Versammlung der Kreisleitung Wedding der SED im Swinemünder Gesellschaftshaus erhebt. Auf dieser Versammlung sind die Mitglieder der Bezirksleitung der SED, Bruno Baum, zum Thema „Was bedeutet der neue Kurs der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands für die Arbeiterjugend?“

Die Bezirksleitung Groß-Berlin der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands hat an den Militärkommandanten des französischen Sektors von Berlin, General Mancau-Demau, ein Schreiben gerichtet, in dem sie seinen Protest gegen das völlig unzulässige Verbot der Freizug, 21. und 22. August, einberufen öffentlichen Versammlung der Kreisleitung Wedding der SED im Swinemünder Gesellschaftshaus erhebt. Auf dieser Versammlung sind die Mitglieder der Bezirksleitung der SED, Bruno Baum, zum Thema „Was bedeutet der neue Kurs der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands für die Arbeiterjugend?“

Arbeiter um den Lohn betrogen

Seit drei Wochen hat die Firma Timm & Sohn im Bezirk Tempelhof (USA-Sektor) ihren Arbeitern keinen Lohn mehr gezahlt. Von den 68 Belegschaftsangehörigen haben 58 ihre Arbeitsstelle verlassen und sich jetzt in dieser Versammlung über den Sachverhalt in der Straße 10, Berlin, West, unter der Leitung des Parteimitglieds der SED, Bruno Baum, zum Thema „Was bedeutet der neue Kurs der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands für die Arbeiterjugend?“

Schreibmaschinen verschoben

Wegen fortgesetzten Wirtschaftsverbrechens verurteilte das Stadtbezirksgericht Mitte die 65jährige Else B a r t e l aus der Riemannstraße im Bezirk Kreuzberg (USA-Sektor) zu drei Jahren Zuchthaus. Die Angeklagte hatte ältere Frauen aus dem demokratischen Sektor veranlaßt, für sie mehrere Schreibmaschinen in den HO-Verkaufsstellen aufzukaufen. Diese Maschinen verschob Else B. nach dem Westberlin. Im März dieses Jahres war die Angeklagte auf dem U-Bahnhof Neanderstraße von der Volkspolizei festgenommen worden. Sie wurde zwei Reiseschreibmaschinen nach Westberlin bringen wollte.

Der Tisch wird reichhaltiger
Vom Essen und Trinken / Markthalle als Wirtschaftsbarometer

Ein Gang durch die Berliner Zentralmarkthalle am Alexanderplatz läßt das umfangreiche Warenangebot erkennen, das die Bevölkerung ermöglicht, ihren Tisch reichhaltiger zu decken. Die Lebensmittelstände der HO, des Konsums und des privaten Einzelhandels werden so vielseitig und ausreichend beliefert, wie die Haushalten nur wünschen können. Der Andrang der Käufer ist dementsprechend stark.

teten Dosen geben. Die HO-Geschäftsleitungen sollten den Verkäufern genaue Übersichten über die Verkaufszahlen und die entsprechenden Angaben über die Herkunft und Zubereitungsmöglichkeiten geben. Außerdem wäre es wünschenswert, wenn auch Dosen mit geringerem Inhalt eingeführt werden könnten, da die 300-Gramm-Büchsen für manche Käufer, besonders für Alleinstehende, unwirtschaftlich sind.

Kleine Berliner Chronik

Die Ausgabe der Lebensmittellkarten für den Monat September 1953 erfolgt an die Straßenvertrauensleute am 28. August 1953. Die Karten werden ab dem 1. September an jeden Besucher geschlossen. Für dringende Fälle wie Krankenhausausschlus, kann vom Normalerwerb der Karten ausgenommen werden. Um den Wünschen der Werktätigen Rechnung zu tragen, wird der Termin zur Ausgabe der Arbeitsbescheinigungen an den Hausvertrauensmann auf den 8. eines jeden Monats festgesetzt.

Von Amis brutal niedergeschlagen

Zwei betrunkene Angehörige der amerikanischen Interventionstruppen in Westberlin haben am Sonnabendabend in der Spanischen Allee beim Bahnhof Nikolasse (USA-Sektor) den 38-jährigen Taxifahrer Otto Jurlet aus Tempelhof am Steuer seines Wagens mit einer Bierflasche von hinten niedergeschlagen. Blutüberströmte gelang es dem Fahrer, aus seinem Wagen zu steigen und zu fliehen. Die Täter wurden von den Funkwagen der Westberliner Polizei in der Nähe des Platzes zwei verdächtige Soldaten gestellt und der USA-Militärpolizei übergeben.

Goldene Hochzeit, Das Ehepaar August und Wilhelmine Sieracki, Stahndorfer, Tempelhof, Markhofstr. 70, feierte am 23. August das Fest der goldenen Hochzeit. — Herzlichen Glückwünsche! Frau Collette August, zwei Reiseschreibmaschinen nach Westberlin bringen wollte.

Wir gratulieren! Am 25. August werden Frau Berta Peukler, Berlin N 113, Zelter Straße 6, 90 Jahre, Frau Lisette Dobycynski, Berlin NO 55, Greifswalder Str. 20, und Frau Emma Kamenze, Kolonie Kleinbunten, Parzelle 10, 85 Jahre und Herr Otto Heilmig, Friedrichsriede, Kolonie Kleinbunten, Parzelle 10, 81 Jahre alt. — Am 25. August vollendete Herr Paul Brauns, Frankfurt a. d. Oder, Fischerstr. 20, das 81. Lebensjahr. Frau Collette August, Berlin C 2, Oranienburger Str. 8, wurde am 24. August 81 Jahre alt.

Die VAB-Verwaltungsstelle 4 (Prenzler Berg), Pappelallee 79-79, bleibt Donnerstag, 27. August, geschlossen.

Der Groschutt-Ausschuss zum Schutz der demokratischen Rechte zur Verteidigung von Patrioten in Westberlin, Berlin W 8, Friedrichstraße 19/19, fordert die Berliner, sich ihm alle neuen Rechtsbrüche, widerrechtlichen Verhandlungen und Hausdurchsuchungen der Westberliner Polizei zu melden. Telefonisch unter 25 15 29.

Gebührenfreie Rundfunkgenehmigungen. Da die Postämter im demokratischen Sektor von Westberlin am 28. jeden Monats an durch den Rentenzahlung stark. Die Rentner gebeten, wegen der gebührenfreien Rundfunkgenehmigungen nur in dem Zeitraum von 5 bis 25. jeden Monats vorzuspitzen.

Wir gratulieren! Am 25. August werden Frau Berta Peukler, Berlin N 113, Zelter Straße 6, 90 Jahre, Frau Lisette Dobycynski, Berlin NO 55, Greifswalder Str. 20, und Frau Emma Kamenze, Kolonie Kleinbunten, Parzelle 10, 85 Jahre und Herr Otto Heilmig, Friedrichsriede, Kolonie Kleinbunten, Parzelle 10, 81 Jahre alt. — Am 25. August vollendete Herr Paul Brauns, Frankfurt a. d. Oder, Fischerstr. 20, das 81. Lebensjahr. Frau Collette August, Berlin C 2, Oranienburger Str. 8, wurde am 24. August 81 Jahre alt.

Die VAB-Verwaltungsstelle 4 (Prenzler Berg), Pappelallee 79-79, bleibt Donnerstag, 27. August, geschlossen.

Der Groschutt-Ausschuss zum Schutz der demokratischen Rechte zur Verteidigung von Patrioten in Westberlin, Berlin W 8, Friedrichstraße 19/19, fordert die Berliner, sich ihm alle neuen Rechtsbrüche, widerrechtlichen Verhandlungen und Hausdurchsuchungen der Westberliner Polizei zu melden. Telefonisch unter 25 15 29.

Die VAB-Verwaltungsstelle 4 (Prenzler Berg), Pappelallee 79-79, bleibt Donnerstag, 27. August, geschlossen.

Die VAB-Verwaltungsstelle 4 (Prenzler Berg), Pappelallee 79-79, bleibt Donnerstag, 27. August, geschlossen.

Die VAB-Verwaltungsstelle 4 (Prenzler Berg), Pappelallee 79-79, bleibt Donnerstag, 27. August, geschlossen.

Die VAB-Verwaltungsstelle 4 (Prenzler Berg), Pappelallee 79-79, bleibt Donnerstag, 27. August, geschlossen.

Die VAB-Verwaltungsstelle 4 (Prenzler Berg), Pappelallee 79-79, bleibt Donnerstag, 27. August, geschlossen.

Die VAB-Verwaltungsstelle 4 (Prenzler Berg), Pappelallee 79-79, bleibt Donnerstag, 27. August, geschlossen.

Die VAB-Verwaltungsstelle 4 (Prenzler Berg), Pappelallee 79-79, bleibt Donnerstag, 27. August, geschlossen.

Die VAB-Verwaltungsstelle 4 (Prenzler Berg), Pappelallee 79-79, bleibt Donnerstag, 27. August, geschlossen.

Die VAB-Verwaltungsstelle 4 (Prenzler Berg), Pappelallee 79-79, bleibt Donnerstag, 27. August, geschlossen.

Die VAB-Verwaltungsstelle 4 (Prenzler Berg), Pappelallee 79-79, bleibt Donnerstag, 27. August, geschlossen.

Die VAB-Verwaltungsstelle 4 (Prenzler Berg), Pappelallee 79-79, bleibt Donnerstag, 27. August, geschlossen.

Die VAB-Verwaltungsstelle 4 (Prenzler Berg), Pappelallee 79-79, bleibt Donnerstag, 27. August, geschlossen.

Die VAB-Verwaltungsstelle 4 (Prenzler Berg), Pappelallee 79-79, bleibt Donnerstag, 27. August, geschlossen.

Die VAB-Verwaltungsstelle 4 (Prenzler Berg), Pappelallee 79-79, bleibt Donnerstag, 27. August, geschlossen.

Die VAB-Verwaltungsstelle 4 (Prenzler Berg), Pappelallee 79-79, bleibt Donnerstag, 27. August, geschlossen.

Die VAB-Verwaltungsstelle 4 (Prenzler Berg), Pappelallee 79-79, bleibt Donnerstag, 27. August, geschlossen.

Die VAB-Verwaltungsstelle 4 (Prenzler Berg), Pappelallee 79-79, bleibt Donnerstag, 27. August, geschlossen.

Die VAB-Verwaltungsstelle 4 (Prenzler Berg), Pappelallee 79-79, bleibt Donnerstag, 27. August, geschlossen.

Die VAB-Verwaltungsstelle 4 (Prenzler Berg), Pappelallee 79-79, bleibt Donnerstag, 27. August, geschlossen.

Die VAB-Verwaltungsstelle 4 (Prenzler Berg), Pappelallee 79-79, bleibt Donnerstag, 27. August, geschlossen.

Die VAB-Verwaltungsstelle 4 (Prenzler Berg), Pappelallee 79-79, bleibt Donnerstag, 27. August, geschlossen.

Die VAB-Verwaltungsstelle 4 (Prenzler Berg), Pappelallee 79-79, bleibt Donnerstag, 27. August, geschlossen.

Die VAB-Verwaltungsstelle 4 (Prenzler Berg), Pappelallee 79-79, bleibt Donnerstag, 27. August, geschlossen.

Die VAB-Verwaltungsstelle 4 (Prenzler Berg), Pappelallee 79-79, bleibt Donnerstag, 27. August, geschlossen.

Die VAB-Verwaltungsstelle 4 (Prenzler Berg), Pappelallee 79-79, bleibt Donnerstag, 27. August, geschlossen.

Die VAB-Verwaltungsstelle 4 (Prenzler Berg), Pappelallee 79-79, bleibt Donnerstag, 27. August, geschlossen.